

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind
zuerst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- M. Expedition und Druck von
Joh. van Veen in Krefeld, Rulh. Kirchstr. 65.
12/2/2/2/2/2 Fernsprech-Nr. 1358. L. 20/2/2/2/2/2

Nr. 29. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 20. Juli 1907. Fernsprech-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

Die christlichen Gewerkschaften im Lichte der Presse.

Es ist interessant zu beobachten, wie viele Leute
sich wegen der christlichen Gewerkschaften die Köpfe
zerbrechen. Die Sozialdemokratie verspricht Unmengen
von Tinte, um die Christlichen im „schwarzen“
Schwarz zu erscheinen zu lassen.

Wollten wir dagegen etwas auf die Beobachtungen
der Herren vom „Sitz Berlin“ geben, so käme das
„Blau“ immer deutlicher bei uns zum Vorschein. Der
jüngst erschienene Jahresbericht der christlichen Ge-
werkschaften gibt jetzt der Presse aller Parteirichtungen
Anlaß zu allerlei Betrachtungen, die zum Teil auf
einer ganz schiefen Auffassung basieren.

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie,
der „Vorwärts“, stellt sich selbst und die Tatsachen
direkt auf den Kopf, um die Bedeutungslosigkeit der
Christlichen wieder einmal zu beweisen. Dabei kommt
es dem „Vorwärts“ natürlich nicht auf eine Menge
Lügen und Verfälschungen an. Wenn die Klassen-
bewusste Arbeiterklasse den ultramontanen Gesellen
vergeben wäre, gäbe es hier noch keine christ-
lichen Gewerkschaften“, lügt der „Vorwärts“. Dabei
kann es ihm aber nicht unbekannt sein, daß z. B.
unser Textilarbeiterverband seine schwersten und
langwierigsten Kämpfe dort durchgeföhrt hat, wo
entweder, wie in Schiefelahn, kein einziger oder wie
in Embedden, eine Handvoll „Genossen“ infrage
kamen.

Daß der „Vorwärts“ auch wieder von den Zen-
tralgewerkschaften faßelt, brauchen wir eigentlich
erst gar nicht anzuföhren.

Diese Verläumdung hängt die evangelische
Tageszeitung „Das Reich“ entsprechend nied-
riger, indem es schreibt:

„Diese Taktik zieht aber absolut nicht. Erstens ist
die Tatsache nicht wahr. Es gibt christliche Gewerks-
schaften, die fast rein aus evangelischen Mitgliedern
bestehen. Die größten Fortschritte sind im letzten
Jahre gerade in evangelischen Gegenden, z. B. im
Ravensberger Lande gemacht worden. Zweitens aber
ist von ultramontaner Parteipolitik in den Gewerks-
schaften gar keine Rede. Versuche, den konfessionellen
Frieden zu stören, sind innerhalb der Gewerkschaften,
d. h. von Arbeitern, nie gemacht worden — in beiden
Lagern vermeidet man heftig, politische Fragen zu
beröhren. Vielmehr sind alle Störversuche stets
von außerhalb gemacht, entweder von den „roten
Brüdern“, die im Trüben fischen, oder von den
Kapitalisten, die gar keine Gewerkschaftsbewegung
wollen. Der interkonfessionelle Weg hat sich durch-
aus als gangbar erwiesen.“

Diese klare und bündige Erklärung des führenden
Organs der evangelischen Arbeiterschaft mag sich auch
die Norddeutsche Allgemeine Zeitung merken,
welche den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf
macht, daß das konfessionelle Moment in ihnen
zu sehr hervortrete und daß dadurch zahlreiche Ar-
beiter vom Eintritt in diese Organisation abgehalten
würden. Es muß betonen, daß das offizielle Or-
gan einer derartigen Standpunkt gegenüber den christ-
lich-nationalen Arbeitern einnimmt. Fürst Bilow
hat seinerzeit den Zusammenstoß der christlich-
nationalen Arbeiter lebhaft begrüßt und ihnen Aus-
sicht gemacht, daß er ihren Forderungen zum Durch-
bruch verhelfen werde. Inzwischen haben die christ-
lichen Gewerkschaften die Grenzen zwischen sich und
der Sozialdemokratie, gegen die sie ein Gegengewicht
bilden wollen, noch schärfer gezogen, sie haben auf
dem Breslauer Kongreß im Jahre 1906 die Stellung
ihrer Bewegung zu den verschiedenen Fragen offen
und zusammenfassend dargelegt. Danach sind sie eine
selbständige Gruppe von Lohnarbeitern, die die Grund-
lage der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung
als zweckmäßig und notwendig anerkennen. Die
Klassenkämpfe, den Klassenhaß mit seinem die Ar-
beits- und Berufsfreiheit lähmenden Einfluß lehnen sie
ab, sie halten eine extreme Scheidung der Lohn-
arbeiterklassen von den anderen Volksschichten sowohl
im vaterländischen Interesse als auch im Interesse
der Weiterentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens
für verfehlt. Das ist ein Standpunkt, der klar zum
Ausdruck bringt, daß die christlichen Gewerkschaften
mit den Sozialdemokraten nichts zu tun haben wollen.
Die christlichen Gewerkschaften wollen eine Reform
der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung, wäh-
rend die freien Gewerkschaften als ein Anhang der
Sozialdemokratie das Ziel verfolgen, durch eine
„reformatorische“ Tätigkeit die heutige Staats- und Wirt-
schaftsordnung durch eine andere, die republikanisch-
kommunistische, zu ersetzen. Wer nicht ein Gegner
der Sozialdemokratie von vornherein ist, muß es
daher von stattdessen wie vom gesellschaftlichen Stand-
punkt begründen, daß die christlichen Gewerkschaften
an Bollwerk gegen die freien Gewerkschaften bilden.
Freilich hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Auftrag,
den vaterländischen Arbeiterverein der Deutschnation
anzuerkennen, eine Organisation, die zu den Lieber-
haftigkeiten des Lebens gehört.

Wer in „gelben“ Gewerkschaften oder „vaterlän-
dischen Verbänden“ das Ideal der Gewerkschaften
erkennt, von dem wird man eine gerechte Beurteilung
der christlichen Gewerkschaften nicht erwarten
können.

Lohnverhältnisse und Lebenshaltung der Textilarbeiter.

„Zahlen beweisen!“ Und mit Zahlen vermögen
es die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, die
Berufsgenossenschaften für die Textilindustrie, zu be-
legen, daß sich der Lohn der deutschen Textilarbeiter
in den letzten 20 Jahren in stets aufwärts steigender
Richtung bewegte. Ist damit aber auch bewiesen,
ob und in welchem Maße sich die Lebenshaltung
der Arbeiter gehoben hat? Steigender Lohn be-
deutet nur dann eine tatsächliche Besserstellung des
Arbeiters, wenn die Preise für Mieten und Lebens-
mittel nicht oder wenigstens nicht in der Weise steigen,
daß sie den erhöhten Lohn wieder verflüssigen.

Betrachten wir zunächst die Lohnangaben der
Seidenberufsgenossenschaft. Dieselbe ist in zwei
Sektionen eingeteilt. Das Tätigkeitsgebiet der
Sektion I ist Norddeutschland, wogegen Sektion II
Süddeutschland als Wirkungskreis hat.

Die Löhne betragen in	
Sektion I	Sektion II
1902 M. 824,50	1902 M. 643,90
1903 " 828,93	1903 " 642,68
1904 " 832,74	1904 " 644,43
1905 " 867,30	1905 " 693,37
1906 " 908,57	1906 " 713,10

In den 4 Jahren, von 1902 bis 1906, ist also
der Durchschnittsverdienst der zur Seidenberufsgenossenschaft
gehörenden Textilarbeiter gestiegen: in
Sektion I (Norddeutschland) von 824,50 M. auf
908,57 M., also um 84,07 M. = 10,3%. In der
Sektion II stieg der Durchschnittslohn von 643,90
M. auf 713,10 M., also um 69,20 M. = 10,7%.
Wir stellen demnach für die zur Seidenberufsgenossenschaft
(Seide, Samt und Leinen) eine Steigerung
des Durchschnittsverdienstes in dem Zeitraum von
1902 bis 1906 von durchschnittlich 10,5% fest.

Von den übrigen Berufsgenossenschaften, welche
alle nicht zur Seidenberufsgenossenschaft gehören,
zwei der Textilbranche umfassen, liegt uns nur
der Bericht der Rheinisch-Westfälischen Textil-
berufsgenossenschaft vor.

Da die Löhne in unserm „gelegneten Westen“
höher sind als in den meisten übrigen Teilen Deutsch-
lands, so bieten die von der Rh.-Westf. Berufs-
genossenschaft gemachten Angaben zwar keinen ge-
nauen Maßstab für das Einkommen der gesamten
Textilarbeiter Deutschlands, doch sind sie wichtig ge-
nug, um sie einer näheren Betrachtung zu würdigen.
Die Rh.-Westf. Berufsgenossenschaft mit den Sek-
tionen Düsseldorf, M.-Glabbach, Elberfeld, Wermeln,
Lennep, Aachen und Münster, gibt den Durchschnitts-
verdienst der Arbeiter für die Zeit von 1885 bis
1906 an. Zur leichteren Uebersicht wollen wir für
unsere Betrachtung hier ebenfalls das Jahr 1902
zum Ausgangspunkt nehmen. Es betrug der Durch-
schnittsverdienst:

im Jahre 1902 M.	732,06
" 1903	796,20
" 1904	804,43
" 1905	821,12
" 1906	852,51

Der Durchschnittsverdienst der Textilarbeiter im
Geltungsbereich der Rheinisch-Westfälischen Textil-
berufsgenossenschaft ist also in dem Zeitraum von
1902 bis 1906 von 732 M. auf 852 M. gestiegen. Das
bedeutet ein Mehr von 70 M. gleich 9%. Würde
man nur den einen Umstand in Betracht ziehen, daß
die Dividenden der Textilindustrie in den letzten
Jahren bedeutend gestiegen sind, so wäre der geringe
Mehrverdienst der Arbeiter vom einfachen Gerechtig-
keitsstandpunkt her nicht erklärlich.

Denn auch den Arbeitern wird wohl Niemand
die Berechtigung absprechen können, an dem goldenen
Segen der guten Konjunktur auch in bescheidenem
Maße zu partizipieren. Eine tatsächliche wirtschaftliche
Besserstellung in Höhe des angeführten Mehrverdienstes
wäre aber nur dann eingetreten, wenn nicht dieses
Mehr durch Verteuerung der Lebenshaltung beeinträch-
tigt würde. Wie sieht es nun, damit aus?
Ueber das Steigen der Mietpreise für Privatwoh-
nungen geben uns die Erhebungen des Tarifamtes
der Buchdrucker Aufschluß. Da eine dreiräumige
Wohnung für eine Arbeiterfamilie doch wohl das
Minimum der erforderlichen Räumlichkeiten bedeutet,
so seien die betreffenden Zahlen hierfür angeführt.
Die Preissteigerung für eine dreiräumige Wohnung
betrug in der Zeit von 1901—1905 für den Jahres-
mietpreis:

Ort	1901	1905
I. in 169 Orten unter 10000 Einw.	21,5	20,5
II. " 75 " von 10—20000	24,8	19,3
III. " 40 " " 20—30000	23,6	18,7
IV. " 36 " " 30—50000	32,3	18,3
V. " 11 " " 50—70000	37,4	20,5
VI. " 5 " " 70—100000	21,4	10,1
VII. " 10 " " 100—200000	33,0	17,7
VIII. " 5 " " 200—500000	31,6	12,6
IX. " 1 " " über 500000	15,5	5,8

Wie die Statistik zeigt, sind die Mietpreise in
den kleinen und mittleren Orten prozentual am
meisten gestiegen.

Obwohl wir durch das Steigen der Mieten sind
auch die Haushaltungskosten durch die Verteuerung
der Lebensmittel gestiegen.

Das statistische Amt der Stadt Dresden hat Er-
hebungen darüber angestellt, wie sich die Preise der
wichtigsten Lebensmittel im Jahre 1906 gegenüber

dem Jahre 1903 stellten. Es wurde für jede als
Lebensmittel wichtige Ware der Durchschnittspreis
pro Kilogramm in Pfennigen für 1903 und 1906
sowie die prozentuale Steigerung in der Zeit von
1903 auf 1906 ermittelt. Im Durchschnitt des Jahres
kostete darnach:

Ware	1903	1906 + oder - in pCt.
Rindfleisch	123,3	139,9 +16
Kalbsteisch	153,9	178,9 +16
Schweinefleisch	135,22	161,2 +19
Lammfleisch	146,1	169,3 +16
Hutwurst	158,0	174,8 +11
Leberwurst	177,4	192,3 +8
Geraucherter Speck	178,5	199,0 +11
Schweinefleisch	183,0	197,9 +8
Butter	262,0	273,1 +4
Margarine	155,2	152,2 -2
Milch (1 Liter)	17,4	18,8 +8
Fier (15 Stück)	79,0	94,3 +19
Mehl	37,1	41,0 +11
Brot	24,0	26,5 +10
Eiernudeln	112,1	114,4 +2
Bohnen	34,5	41,1 +19
Erbsen	40,4	42,1 +4
Linsen	51,2	71,8 +40
Reis	55,7	56,7 +2
Kaffee	209,4	225,0 +11
Salz	19,0	20,2 +6
Kartoffeln (50 kg)	299,1	291,2 -3
Zucker	60,4	45,2 -25

Die Preissteigerungen sind ziemlich allgemein und
zum Teil recht erheblich. Eine Verbilligung haben
nur Margarine, Kartoffeln und Zucker erfahren.

Während aber nach den Erhebungen des statistischen
Amtes ein Fallen der Kartoffelpreise zu konstatieren
ist, ist nach den umfassenden Ermittlungen des Tarif-
amtes der Buchdrucker auch für dieses notwendige
Nahrungsmittel eine erhebliche Preissteigerung ein-
getreten. Darnach ist der Preis der Kartoffeln pro
100 Pfund in den Jahren 1901—1905 wie folgt
gestiegen:

1. In 165 Orten unter 10000 Einw.	um 53 Pf.
II. " 74 " von 10—20000	" 65 "
III. " 50 " " 20—30000	" 64 "
IV. " 41 " " 30—50000	" 56 "
V. " 22 " " 50—70000	" 58 "
VI. " 9 " " 70—100000	" 61 "
VII. " 15 " " 100—200000	" 62 "
VIII. " 10 " " 200—500000	" 46 "
XI. " 5 " über 500000	" 67 "

Es dürfte demnach wohl als feststehend zu be-
zeichnen sein: die Erhöhung der Arbeiterlöhne ist,
wenn nicht durch die bedeutende Erhöhung der
Mieten und Lebensmittel gänzlich aufgehoben, so doch
ganz erheblich in ihrer Wirkung auf die Lebenslage
der Arbeiter abgemindert worden. Dabei hat nur
ein Teil der Arbeiter an der Lohnsteigerung teil-
genommen und zwar vornehmlich mit Hilfe
der gewerkschaftlichen Organisation. Man-
cherorts stehen die Löhne der Arbeiter, und beson-
ders auch der Textilarbeiter, noch unverändert wie
vor 5 oder 10 Jahren. Hier ist also in Wirklichkeit
eine Verbilligung der Lebenslage der Arbeiter
eingetreten, weil diese Arbeiter heute mit demselben
Gelde nicht mehr das gleiche Quantum an Bedarfs-
gütern einkaufen können wie ehemals. Wer muß
und kann hier Abhilfe schaffen? Die gewerkschaft-
liche Organisation.

Inkonsequenz.

Als Folgerichtigkeit oder Konsequenz verstehen
wir Gewerkschaftler das Festhalten an einem als
richtig erkannten Standpunkt. Daher finden wir auch
das Verhalten der „Genossen“ gegenüber unseren
sozialen Gesetzen als folgerichtig oder inkonsequent.
Als Betteflüsterer haben die „Genossen“ und ihre
Köpfe im Reichstage stets unsere Sozialgesetzgebung
bezeichnet und — von der Verwaltung der Gewerbe-
gerichte, Krankenkassen usw. lachten sie die christlich-
organisierten Arbeiter nach Möglichkeit auszunutzen.
So macht es nicht nur die deutsche, so macht es
auch die Sozialdemokratie in Frankreich. „Ganz wie
bei uns“, möchte man ausrufen, wenn man in der
neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“
Etienne Buisson in einem „die beiden Tendenzen in
der französischen Gewerkschaftsbewegung“ überschrie-
benen Artikel die Haltung der revolutionären sozial-
demokratischen Gewerkschaften gegenüber gesetzlichen
Maßnahmen der sozialen Reform schildern hört. Im
Prinzip, so wird hier ausgeführt, verwerfen sie die
soziale Gesetzgebung, als in der Praxis umtrieben
und einzig dazu dienend, das Proletariat durch Täu-
schung einzunutzen. Sobald aber ein Arbeitergesetz
Gesetz angenommen wird, empfinden sie wohl die Not-
wendigkeit, sich dafür zu interessieren, weil die Ar-
beiter sehr viel Gewicht darauf legen. Dann werden
die „Revolutionäre“ die eifrigsten Verteidiger des
neuen Gesetzes und beschimpfen ohne Gnade und
Barmherzigkeit diejenigen, die seiner unbedingten
Anwendung Schwierigkeiten in den Weg legen.“

Haben es nicht unsere deutschen „Genossen“ ganz
genau so gemacht bzw. machen es heute noch so?
Man denke nur an ihre Verhale gegenüber der Ar-
beiterschutz- und Versicherungssetzung! Jahre
lang haben sie unter dem wichtigen Vorwand, die
vorgezeichneten Maßnahmen seien nur unzulänglich
Friedwerk, bösen der Arbeiterchaft statt wirklich
süßlicher materieller Leistungen nur Betteflüsterer,
und wie all die schönen Ausdrücke heißen, sich gegen die-
selben im Parlamente ablehnend verhalten. Und
nicht nur dies. Durch Stellen völlig ausrichtsloser

Anträge, von deren Nichtannahme sie von vornherein
überzeugt waren, erschwerten sie noch die ohnehin
mühevollen Gesetzearbeit in den Parlamenten und
sieferten durch ihr verächtliches Verhalten gegenüber
jeder sozialen Reformmaßnahme den Schatzkammern
die Waffen, deren diese sich in ihrem Kampfe gegen
jegliche Sozialreform mit Geschick und Erfolg nur
zu bedienen brauchten.

Niemand hat von den Arbeitern je verlangt, daß
sie den bürgerlichen Parteien für die Maßnahmen,
die ihrer sozialpolitischen parlamentarischen Arbeit
entsprungen sind, etwa dankbar sein sollten. Viel-
mehr ist immer betont worden, daß dieselben nur
der Ausfluß einer Pflicht sind, welche die der Lage
der Arbeiter ungünstige Gestaltung der modernen
gewerblichen und sozialen Verhältnisse dem Staate
auferlegt hat. Wohl aber darf man auch vom Gegner
erwarten, daß er den Motiven, welche eine Partei
bei ihren Aktionen leitet, seine volle Achtung ent-
gegenbringt. Wie hat es mit dieser selbstverständ-
lichen Forderung des Anstandes der Sozialdemokratie
aber gehalten? Nicht bloß der Regierung, sondern
auch mit in erster Linie den reformfreundlichen
Parteien hat sie bezüglich ihrer sozialen Reform-
arbeit die unlautersten Motive untergeschoben. Nicht
Selbstzweck soll diese gewesen sein, sondern nur der
Absicht entspringen, „das Proletariat durch Täu-
schung in Geduld einzunutzen“, es politisch und sozial
niederzuzulassen, um es auf der anderen Seite um so
ungeniehter „auspowern“ zu können. Wenn die soziale
Reform heute in Deutschland noch nicht in dem
wünschenswerten Maße fortgeschritten ist, so haben
dies die Arbeiter nicht zum wenigsten deshalb der
Sozialdemokratie zu „verdanken“, weil sie jede Re-
formarbeit den Arbeitern als unlauteren Motiven
eingetragen zu verdeckt und den Parteien die Freude
an früher sozialpolitischer Arbeit zu vergällen suchte.

Und was hat dann die Sozialdemokratie getan,
nachdem die bürgerlichen Parteien die sozialen Re-
formwerke glücklich unter Dach gebracht hatten?
Weiter geschimpft hat sie allerdings weidlich, wie
das nun einmal zu ihrem Handwerk gehört, aber
bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörpern,
z. B. der sozialen Versicherung, hat sie ihre Leute
in die besten Posten hineingeföhrt, sich in das Geld
gelegt, das andere Leute ihr gemacht hatten. Auf
diese Weise hat sie so die unzweifelhaft größten Vor-
teile, welche die soziale Gesetzgebung den Arbeitern
bietet, sogar noch in ihrem Parteinteresse ausgenutzt,
indem die Tätigkeit in der Verwaltung der Kranken-
kassen, bei den Schiedsgerichten der Versicherung u.
d. Vorkasse, das Lebensgeld abgeben mußten zu
der Heranbildung ihrer Partei- und Arbeiterführer.
Unter diesen Umständen hat denn auch die deutsche
Sozialdemokratie gelernt, sich für die soziale Gesetz-
gebung zu „interessieren“, weil die Arbeiter sehr viel
Gewicht darauf legen.“

In der Tat dürfte es denn auch in Deutschland
wohl kaum einen Arbeiter geben, der etwa die ganze
soziale Gesetzgebung wieder abgeschafft wissen möchte.
Im Gegenteil, immer mehr kommen den Arbeitern
die Segnungen derselben zum Bewußtsein. Möchte
das in den Anfangsstadien der Geltung der Gesetze
auch weniger der Fall sein, heute werden die Vor-
teile sehr merkbar empfunden; daher auch das eifrige
Bestreben der Sozialdemokratie und ihrer Presse, sich
das ausschließliche Verdienst an der sozialen Gesetz-
gebung zuzuschreiben, wiewohl doch vor aller Welt
die Tatsache klar da liegt, daß an dem Gwss der-
selben in ihrer heutigen Gestalt die Sozialdemokratie,
geltende gesagt, völlig unerschuldigt, ja dieses sogar gegen
ihren ausdrücklichen Willen zustande gekommen ist.
So kann man denn auch von den weitesten Kreisen
der deutschen Sozialdemokratie sagen, daß sie gewor-
den sind „die eifrigsten Verteidiger des neuen Ge-
setzes und ohne Gnade und Barmherzigkeit diejenige
beschimpfen, die seiner unumgänglichen Anwendung
Schwierigkeiten in den Weg legen.“

Unter all diesen Gesichtspunkten erscheint die sozial-
demokratische Partei, die sich in Sachen der sozialen
Gesetzgebung so gerne fälschlich als die Arbeitsdiene
ausgibt, als die rechte parlamentarische Drohne, die
den Honig jagt aus den Blüten, die andere Parteien
zusammengetragen haben.

Andenkänge zur Aachener Gewerbe- gerichts Wahl.

Parteiengenossen! Gewerkschaftler! Arbeiter! Wähler!
Die Ausichten der Kandidaten der freien Gewerkschaften
sind sehr günstig, sofern nur einigermaßen auf vollständige
Beteiligung hingewirkt wird. In der letzten Jahren sind
unser Organisationsstand stark angewachsen. Das Vertrauen
in den gewerkschaftlichen Kreisen ist erstärkt. Jetzt gilt,
alles daran zu setzen, damit wir mit der Wahl unserer
Kandidaten zugleich die Möglichkeit erhalten, am hiesigen
Gewerbegericht solche Zustände zu schaffen, daß der Ar-
beiter sich wieder mit Vertrauen an das Gericht wenden
kann.“

So lautete am 29. Juni das erste Kampfsignal
der Rheinischen Zeitung“ zu den diesjährigen Ge-
werbegerichts wahlen in Aachen.

Als nun bei den Wahlen zur Kammer A den
betribten Vohgerbern die Felle fortgeschwommen
waren, meinte die „Rheinische“, die Schlappe der
Genossen mit einigen Glößen bedecken zu können.
Der „Volkfreund“ soll sogar „lange Ohren gehabt
haben“, als er schrieb, daß die Notizen die Kammer
A erobern wollten. Um eine dreifache Sten sind die
Genossen nicht verlegen, wenn sie etwas ablergen
wollen, was ihr Organ zehn Tage vorher geschrieben
hat. Also man rechnete ganz bestimmt mit der Er-
oberung: „Die Ausichten sind sehr günstig“, das

Vertrauen in den gegnerischen Kreisen ist erschüttert. Und nun diesen erbärmlichen Herzeleid! In Kammer A ganze hundert Stimmen mehr und in Kammer B ist der Vorprung der Christlichen von 177 Stimmen 1904 auf 384 im Jahre 1907 angewachsen. Als der erste Klump da war, da hatte man „nicht ernsthaft“ mit der Eroberung der Kammer A gerechnet (Rheinische Zeitung). Alles, was also den Arbeitern mal wieder von den Räten aufgetischt worden ist, war also nicht ernsthaft gemeint. Die bestehenden Mängel am hiesigen Gewerbegericht, die Abschaffung derselben, das geschwundene Vertrauen wieder herbeizuführen — war alles nicht ernsthaft gemeint. Und doch konnten die Genossen in ihrem ersten Flugblatt es nicht unterlassen, den Christlichen „politische Niedertracht“ vorzumwerfen, um damit die Massen zu ködern. Nach der Wahl zeigt sich, wo die Niedertracht zu finden ist, indem man vor den Wahlen den Arbeitern alles verpricht und nachher die Sachen darstellt, daß es den Genossen damit doch nicht ernst gemeint war.

Die Arbeiter mögen sich dieses für die Zukunft merken: die heiligsten Versprechungen und Retenurungen sind den Sozialdemokraten doch nicht ernst gemeint, Weibel hat den Genossen ja auch eingepfist, daß es gar nicht darauf ankomme, etwas Praktisches zu erreichen, sondern darauf, Forderungen zu stellen.

Den Arbeitern die Wahrheit sagen, dürfen die Genossen auch deshalb nicht, weil sie sonst mit Mauthy in Konflikt kommen. Als das erste christliche Flugblatt schrieb, daß ein Klassenkampf niemals auf dem Boden des Rechts den Frieden zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern fördern kann, riefen die Genossen Jeter und Morbid. Und doch haben sie bei der Kammer B selbst den Beweis erbracht, daß der beste von ihren Vertretern (wenigstens nach seinem eigenen Zeugnis) in all den Jahren, die er am hiesigen Gewerbegericht als Beisitzer gesessen hat, nicht fähig war, das von den Genossen so sehr gepriesene Vertrauen zum Gewerbegericht herbeizuführen, denn bei den Wahlen der Kammer B erhielt der Genosse Olton noch 12 Stimmen weniger als die anderen sozialdemokratischen Kandidaten. Das beste Zeugnis aus eigenen Reihen, wie sich die Genossen am Gewerbegericht bewähren. Schade ist es um die Anhänger der roten Couleure, die in Nr. 155 der „Rheinischen Zeitung“ schon einen Vorgehensmaß ihrer „Hochbetrieblung“ empfanden und nun einsehen, daß die Nachener Arbeiterzeitung so sehr zum Schaden der Genossen „der Befehlung zugänglich ist“, obgleich man alle Mittel angewandt hatte, die Saumseigen für die roten Kandidaten an die Wahlurne zu schleppen. Hieran vielleicht einmal spart.

Was man gar nicht erwartet hätte, war, daß ein ziemlich alter Gewerkschaftler — Pardou! Gewerkschaftler — noch in letzter Stunde aus seinem vierzigjährigen Schlafe erwachte und, nachdem die Wahlen der Kammer A schon vorbei waren, bei der Kammer B erschien und jagte: Halt, ihr Leute von Nachen, ich bin auch noch da. Mit einem mächtigen Flugblatt trat Herr Hartmann am Montag, den 8. Juli auf den Plan. Zunächst schenke diese Leute, wie Herr H. in seinem politischen Organ kundgab, — den Kampf, weil er die Wurzel aller Uebel sei, da mußte zunächst die Art angeleitet werden, darum die Schnur nach gemeinsamer Liste. Man merkte, daß der in Nachen so gut bekannte H.-D. Führer Erlebens nach Berlin in den Generalrat berufen worden ist. (Erlebens wollte ja bekanntlich möglichst viele Kämpfe, wo die H.-D. in der Minorität sind, um die Kontrastverhältnisse vor zu stellen), sonst könnte wohl eine solche Friedfertigkeit bei diesen Leuten hier im Westen nicht Platz greifen. Des Weitern machte Herr H. das Nachener Gewerbegericht für alles Mögliche und Unmögliche verantwortlich. Das Nachener Gewerbegericht schließ, als das Fleisch reuer wurde, es schließ, als die Kosten teuer wurden, es schließ, als keine Fische von der See hierher kamen. Daß die Nachener Arbeiterzeitung hierunter zu leiden hatte, ist nach Hartmann alles Schuld der christlichen Beisitzer in Nachen. Ein größerer Unfug wurde wohl noch nirgends zusammengegriffen. Schließlich ist das Nachener Gewerbegericht noch idyllisch, das Nam und Eva aus dem Paradies gemessen wurden und dadurch all das Elend über die Menschheit herabgebrochen ist. Alles in Nachen schließ, und als der Anwalt Hartmann erwachte, zog er, gewappnet mit Schild und Speer, in den Kampf hinein. In allen Wahlflokalen prangte hoch in der Luft, mit großen Lettern geschrieben: „Arbeiter, wählt die Kandidaten der deutschen Gewerkschaft.“ Resultat: 467 Stimmen. Wo bleiben da die 2000 Mitglieder der H.-D., die sie angeblich vor dem Streik auf der Erde hatten?

Und die bei altersschwachen Leuten so oft eintretende Unzufriedenheit und Unversöhnlichkeit ist schon da. Wästen die Wahl- und Zeitungsarbeiter (H.-D.) doch vor drei Wochen ein Besetzungsfreien erlassen, um den Frieden in eigenen engen Lager wiederherzustellen. Wenns so weiter geht, kann man noch was erleben.

Mit der Wahl der christlichen Kandidaten sind in diesem Jahre die letzten Genossen von dem Nachener Gewerbegericht verdrängt worden, so daß das Gewerbegericht in beiden Kammern vollständig nur Vertretern der christlich-nationalen Arbeiterzeitung besetzt ist. Es ist den Genossen ähnlich gegangen wie bei den letzten Kommunalwahlen, wo sie ebenfalls auf der ganzen Linie aus ihren immergehabten Positionen herausgedrängt worden sind. Krieg und allehand werden die Genossen Siegesheroen anrufen und rufen sich in Prozente aus, während die Nachener Arbeiterzeitung „der Befehlung zugänglich“ ist. Die diesjährige Wahl hat dieses zur Genüge bewiesen. In Kammer A 1537 christliche gegen 581 sozialdemokratische Stimmen. In Kammer B 1451 christliche gegen 1046 sozialdemokratische Stimmen. Das Resultat wäre für die christliche Liste in Kammer B noch viel günstiger gewesen, wenn die im Aufstand befindlichen Bauarbeiter mitspielen konnten. Hierdurch sind der christlichen Partei noch 500 Stimmen verloren gegangen.

„Kontranz hebt das Geschäft“, sagt ein altes Sprichwort, und wenn die Genossen so weiter agieren, wie sie es in den letzten Jahren getan haben, werden sie sich in Zukunft noch mehr Niederlagen holen, als dies in der letzten Zeit bei den Reichstags-, Kommunalwahlen und jetzt bei den Gewerbegerichtswahlen geschehen ist. Und es geschieht den Herren dabei nur ganz recht! Denn Leute, die es mit den Arbeiterinteressen nicht ernst meinen, können nicht verlangen, daß sie von der bestehenden Arbeiterzeitung ernst genommen werden.

Aus unserer Industrie.

Ueber die Lage der Handweberei in Bayern

haben die bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten im Auftrage des bayerischen Staatsministeriums Ermittlungen angestellt. Dieselben haben für unsere Mitglieber ein umso größeres Interesse, weil sie zu Vergleichen mit der von Dr. Braunns geschilderten Lage der niederrheinischen Handweberei anregen.

Die Handweberei (Leinen, Baumwolle und Wollweberei) wird in Oberfranken auf etwa 6000 Stühlen ausgeübt und beschäftigt einschließlich der Hilfskräfte zum Schuß- und Bettelstühlen, Fädelknäpfen und Franziendrehen gegen 9000 Personen. Hauptstühle der oberfränkischen Hausweberei sind die Bestete Hof, Münchberg, Naila und Stadt-Steinach, in geringerem Umfang wird Hausweberei in den Bezirken Rehau, Rumbach, Bernsdorf, Kulmbach und Teuschnitz betrieben. In diesen neun Bezirken ging vom Jahre 1904 auf das Jahr 1905 die Zahl der Weberfamilien um 176 zurück, dadurch wurden gegen 200 Webstühle außer Betrieb gesetzt. Diese Erscheinung steht damit im Zusammenhang, daß besonders die jüngeren Weber überall dort, wo fabrikmäßige Webereien oder neue Industrien entstehen, zur Fabrikarbeit oder zu einer andern Beschäftigung übergehen.

Die Arbeitsvermittlung zwischen Handweber und Fabrikant erfolgt teils unmittelbar, indem die Weber die Rohstoffe (Garne) beim Fabrikanten abholen und die fertige Ware wieder dorthin abliefern, oder bei größerer Entfernung durch Zwischenmeister, Faktoren. Einzelne Firmen haben die Zwischenmeister auf Grund lautgeordneter Klagen über deren unredliches Gebahren bei der Lohnzahlung gegenüber den Handwebern ausgeschaltet durch Errichtung eigener Ablieferungshäuser in Gegenden mit dichter Weberbevölkerung.

Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit des Handwebers darf nach dem Bericht mit 13 bis 16 Stunden angenommen werden. Er ist im Sommer von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, im Winter von 6 oder 7 Uhr morgens bis spät in die Nacht hinein tätig. Das Spulen wird gewöhnlich von der Frau und den Kindern des Webers vorgenommen. Die Arbeitszeit ist hier sehr verschieden und erstreckt sich oft bis in die späten Abendstunden. Die Kinder müssen vom 5. und 6. Lebensjahre an vielfach in angestrengtester Weise im Beruf mithelfen. Die Vorschriften des Kinderzuschusses fanden bisher nur wenig Beachtung. Nach dem Bericht kann eine durchgehende Eindämmung der ausgedehnten Kinderarbeit wohl nur von einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Hausweber überhaupt erwartet werden.

Die Verdienste der Hausweber sind im allgemeinen, obwohl seit Jahren regelmäßige Beschäftigung vorliegt und es vielfach an Arbeitskräften mangelt, gegen frühere Jahre wenig in die Höhe gegangen. Der durchschnittliche Tagesverdienst einschließlich der Beiträge von Frauen und Kindern kann mit 1,20 bis 1,50 Mk. angegeben werden. Bei lohnenden Aufträgen steigt der Verdienst nicht selten bis 1,80 Mk. und mehr die Woche; allein andererseits bringen es namentlich alleinstehende Leute vielfach nicht über 2 bis 4 Mk. wöchentlich. In der folgenden Tabelle sind die durchschnittlichen Löhne der Hausweber für die verschiedenen Webwaren zusammengestellt. Dieselben beziehen sich für die Woche und Weibstuhl. Von diesem Einkommen sind jedoch noch verschiedene Ausgaben zu bestritten, wie z. B. Schlichte, Geichire, Schuppen, Spulen. Der Spullohn beträgt gegebenenfalls wöchentlich 1,5 bis 2 Mk.

Art der Arbeit	Verdienst
Schmale Tücher und Shawls	8 bis 9 Mk.
Breite Tücher und Shawls	12 - 14 "
Dollenzzeuge	12 - 14 "
Kammgarneleibersstoffe	8 - 10 "
Schmale Anzugstoffe	8 - 10 "
Breite Anzugstoffe	10 - 12 "
Plüsch und Teppiche	12 - 14 "
Jaquardwaren (Decken, Tücher, Korbhelfstoffe)	12 - 15 "
Jaquardleibensstoffe	15 - 18 "

Vergleicht man hiermit die in Fabriken bezahlten Weblöhne, so ergibt sich, daß diese durchschnittlich 13 bis 15 Mk. betragen gegenüber einem Durchschnittslohn des Hauswebers von 10 bis 12 Mk. Der Webstuhlweser verdient also schon als einzelne Person mehr als der Handweber unter Zuhilfenahme seiner Familie.

Die Wohnungen der Weber sind höchst einfach, fast durchgängig armlich; sie gehören nur teilweise den Leuten eigentümlich, die die Mietwohnung überwiegt. Der jährliche Mietpreis für Stubbe, Kammer und ab und zu auch kleine Küche beträgt 30 bis 40 Mk. Der Holzraum ist zugleich Arbeits- und Kochraum. In besonders armen Gegenden teilen sich mehrere Familien in einen einzigen gemeinschaftlichen Raum. So dürftig wie die Wohnung, ist auch im allgemeinen die Ernährung des oberfränkischen Hauswebers. Die Hauptnahrung ist die Kartoffel, insbesondere in der Form der landesüblichen, ungeschälten. Füllt die Kartoffelcruste jedoch nicht, so leidet der Weber dadurch große Not. Fleisch kann sich der Weber nur in besseren Verhältnissen ein- bis zweimal die Woche leisten. Der Genuß von Bier- und Rauschgenüssen ist sehr verbreitet.

Als Mittel zur Verbesserung der Verhältnisse nennt die Deutscher Arbeiterzeitung des Bezuges wichtigerer Kräfte und die Verbesserung der Arbeitsmittel überhaupt, die Schulung zu qualitativen höheren Leistungen, jener andererseits, günstigerer Gewerbebedingungen, wie die Anpflanzung von Fabrikanlagen in den Dörfern der Heimindustrie. Dies soll erreicht werden durch Verbesserung der Verkehrswege. Dann wird ganz allgemein die Verbesserung des Wohnwesens gefordert.

Andere werden als Verbesserungsregeln zur Beseitigung der Schäden in der Heimindustrie vorgeschlagen: allgemeine Umwandlung von Lohnbildern oder Lohnsystemen, die Abschaffung der Arbeiterversicherungsbeiträge auf die Heimarbeiter, die Einführung des Regenerationslohnens und eine Entschärfung des Lohnsystems für Haus- und Fabrikarbeiter, sowie für den Zeitverlauf beim Abholen bezw. Ablieferung der Ware, die Wohnungsverhältnisse, die Einbeziehung aller der Gewerbeaufsicht, schließlich auch ein Verbot gewisser Heimarbeiten überhaupt.

Samt-Weblohnliste für die Krefelder Samt-Industrie.

Samt- und Plüsch-Pohlant.	4 Schuß	3 Schuß	2 Schuß	1 Schuß
1600"/1800" 2 breit	101	104	107	110
1600"/1800" 2 breit	90	94	97	100
1500"/1700" 2 breit	101	105	108	111
1500"/1700" 2 breit	85	88	92	95
1400"/1600" 2 breit	95	99	103	107
1400"/1600" 2 breit	80	83	86	89
1300"/1500" 2 breit	88	93	97	101
1300"/1500" 2 breit	75	78	81	84
1200"/1400" 2 breit	79	83	87	91
1200"/1400" 2 breit	68	71	74	77
1100"/1300" 2 breit	74	78	82	86
1100"/1300" 2 breit	63	67	70	73
1000"/1200" 2 breit	69	73	77	81
1000"/1200" 2 breit	59	62	65	69
900"/1100" 2 breit	66	68	70	72
900"/1100" 2 breit	55	58	61	64
800"/1000" 2 breit	65	66	67	68
700"/900" 2 breit	60	60	60	60
600"/800" 2 breit	55	55	55	55
500"/700" 2 breit	50	50	50	50
400"/600" 2 breit	45	45	45	45
300"/500" 2 breit	40	40	40	40
200"/400" 2 breit	35	35	35	35
100"/300" 2 breit	30	30	30	30

Die Löhne verstehen sich in Pfennig per Meter. Alle übrigen 4 Schuß-Pohlant-Werte werden nach Verhältnis der obigen Liste berechnet; dazwischen liegende Reihen und Feinen nach den angegebenen Steigungen.

Eben festgesetzte Löhne gelten für die angegebenen Stücke; die Stücke beziehen sich als Sammetstücke. Bei breiteren Werken bis zu 52 cm. wird für je 50 Stück mehr 1 Pfg. mehr bezahlt. Bei Fragestücken kann schon für je 25 Stück 1 Pfg. mehr bezahlt werden. Bei schmälteren Werken bis zu 40 cm. wird für je 50 Stück weniger 1 Pfg. weniger bezahlt.

Die obige Lohnliste gilt für einjährige Stühle. Für zweijährig arbeitende Stühle wird 33% unter obiger Liste bezahlt; diese Bestimmung erstreckt sich nicht auf die Ergänzungslöhne.

Angerührten Grundlöhnen können als Ergänzungslöhne der Meter gezahlt werden:

für ein- und zweijährige Stühle bis zu 10 Pfg. per Meter.	I.	Baumwoll-Pöhl 2 bvt. bis zu 2 Pfg. p. Mtr.
	II.	Baumwoll-Pöhl 3 bvt. bis zu 5 Pfg. p. Mtr., gefärbte oder abgefechtete Seidenpöhl 2 und 3 breit bis zu 10 Pfg. per Meter.
	III.	rein gearbeitete Stücke in ganz hellen Farben wie weiß, creme, ciel, rose 5-10 Pfg. p. Mtr.

Bei allen Umrechnungen sich ergebende halbe Pfennige und größere Bruchteile werden auf ganze Pfennige erhöht; kleinere Bruchteile bleiben außer Betracht.

Für Nebenarbeiten wird vergütet wie folgt:

Für Andrehen von Ketten und Pöhlen	1000 Fäden 1x20-25 Meter	80 Pfg.	
	2x20-25 "	70 "	
	größere Längen wie bisher	40-60 "	
	bei Fadenwäcker für alle Ketten + 20 "		
	Ketten einschließl. Schußkanten für 1 Breite	40 "	
		3 "	
		120 "	
		2 Breiten	80 "
			3 "
			120 "

Für Nischen per 1000 Stück
 50-60 " || Für Pöhlen | 1000 Fäden | 50-60 " |

Umhängen von posierten Ketten und Schußfertigwerden wird in Tagelohn bezahlt.

Der Stundenlohn für Weber beträgt 40 Pfg. Das Material wird nach Ablauf von drei Stunden mit 40 Pfg. pro Stunde bezahlt, wenn nicht zwischen Arbeitgeber und -nehmer andere Vereinbarungen getroffen werden oder bestehen.

Ergänzungslöhne. Die Regelung wird den einzelnen Fabriken innerhalb der festgelegten Grenzen lt. Liste vom 29. November 1902 überlassen.

1 Schuß Mantelplüsch-Pohlant.

Schappe-Pöhl	1000"/1800" 1 breit	65	65	65	63 Pfg.
	2 "	60	60	60	103 "
	3 "	60	60	60	83 "
	4 "	60	60	60	104 "
	5 "	60	60	60	78 "
Seiden-Pöhl	1 "	130	65	109	
	2 "	65	65	121	

Diese Löhne gelten für einjährige Stühle. Für zweijährig arbeitende Stühle werden 33% weniger bezahlt. Diese Bestimmung erstreckt sich nicht auf die Ergänzungslöhne.

Für Seidenpöhl 10 Pfg. mehr als Schappepöhl und umgekehrt.

Außer obigen Löhnen kann für ein- und zweischüßige Stühle bis zu 10 Pfg. per Meter Ergänzungslohn bezahlt werden.

Für 1 Ruthe mehr oder weniger wird 1 Pfg. in Rechnung gestellt.

Wegen sonstiger, auf Mantelplüsch zutreffender Bemerkungen siehe Normalliste für Samt. Krefeld, 21. Mai 1907. NB. Diese Liste aufbewahren.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreigkeiten.

Krefeld.

Eine Ausschussung der Samtweber befaßte sich in eingehender Weise mit der Lehrlingsfrage. Anlaß hierzu bot die Tatsache, daß in verschiedenen Krefelder Betrieben eine Anzahl Lehrlinge in letzter Zeit angelernt wurden und noch werden. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß ein übermäßiges Einstellen von Lehrlingen entschieden bekämpft werden müsse. Andererseits kam aber auch zum Ausdruck, falls Stoffweber zu der Samtindustrie übergingen, diese nicht so scharf zurückgewiesen werden dürften, da die Konjunkturen der Stoff- und Samtindustrie sich in der Regel auswechselten, so daß während der schlechten Samtkonjunktur die Samtweber massenhaft zu den Stoffbetrieben übergingen, und deshalb den Stoffwebern das gleiche Recht nicht verwehrt werden könne. Dann sei zu bedenken, daß gerade diese Auswechselung es verhindern könne, neue Lehrlinge, d. h. solche, welche überhaupt noch nicht weben können, einzustellen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Ausschussung der Samtweber Krefelds beschließt, um zu einer einheitlichen Regelung der Lehrlingsfrage zu gelangen, folgendes:

- Eine Ausschussung sämtlicher Samtweberbetriebe des Niederrheins einzuberufen, in welcher gemeinsame Normen für die Anlernung von Lehrlingen geschaffen werden sollen.
- Bis zur endgültigen Erledigung dieser Frage empfiehlt die Ausschussung den Samtwebern Krefelds, keine Lehrlinge mehr anzulernen.
- Der Vorstand der vereinigten Samtausschüsse wird beauftragt, sich unverzüglich mit den auswärtigen Begleichen in Verbindung zu setzen, damit diese wichtige Frage baldmöglichst einheitlich geregelt wird.

Krefeld, den 11. Juli 1907.

NB. Indem wir hierdurch die Beschlüsse der Ausschussung der Krefelder Samtweber bekannt geben, bitten wir die Ausschüsse sämtlicher Samtfabriken des Niederrheins, die Adresse ihrer Vorstände an den Geschäftsführer der Ortsgruppe Krefeld, W. Marquardt, Krefeld, Wilhelmstr. 2, gelangen zu lassen, soweit dieselben Mitglieder unseres Verbandes sind.

Lobberich.

Vor ca. drei Monaten waren die Handarbeiter der Firma J. L. de Ball, sowie der Firma Niedeck in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wurden einige Fabrikversammlungen abgehalten, wo die Arbeiter ihre Wünsche formulierten. Das Bestreben der Arbeiter ging gleichzeitg dahin, für die beiden Betriebe einen einheitlichen Lohn einzuführen. Wenn letzteres nun auch noch nicht gelungen ist, so können wir heute trotzdem berichten, daß die Arbeiter mit dem Erfolge, den sie erzielen, zufrieden sind. Bei der Firma Niedeck wurde bewilligt: auf Uniband-Einzelstücke 5 und 7 1/2%, auf Satinband auf den meisten Stühlen 7%. Bei der Firma J. L. de Ball wurden folgende Zugeländnisse gemacht: auf Uniband für alle Stühle 5 und 7 1/2%, auf Satinband 7-30%, Andrehen auf Uniband wird von 5 Pfg. pro 100 Fäden auf 7 1/2 Pfg. erhöht, Andrehen für einige Qualitäten Satinband wird von 7 1/2 Pfg. auf 10 Pfg. erhöht. Tagelohn für Arbeiter unter 18 Jahren 2,50 Mk., über 18 Jahre 3,- bis 4,50 Mk. Für letztere bei längerem Arbeiten wie zwei Tage in Tagelohn mindestens 3,50 Mk. Außerdem wurde in beiden Betrieben das Aushängen einer Lohnliste bewilligt und auch durchgeführt. Wo bei der Firma J. L. de Ball eine Erhöhung auf Satinband von 30% bewilligt wurde, zahlte die Firma Niedeck schon früher einen höheren Lohn, ebenfalls wurde der höhere Satz für Andrehen bei der Firma Niedeck schon früher bezahlt.

Wir wollen nun auch an dieser Stelle den beiden Firmen unsere Anerkennung ausdrücken für das friedliche Entgegenkommen, welches sie gezeigt haben. Die Hauptgründe aber, warum diese Aufbesserung der Löhne möglich war, sind folgende: erstens war ein sehr gutes Organisationsverhältnis zu verzeichnen, und zweitens herrschte die notwendige Einigkeit. Möge nun jeder Arbeiter mit dafür sorgen, daß dieses in der Zukunft so bleibt. Hoffentlich werden nun auch die paar Unorganisierten, die wir hier noch haben, zu der Einsicht kommen, daß der Verband doch noch Zweck hat, und nicht mehr sagen, wie nennlich ein Unorganisierten sich äußerte: „Ja, der Verband, der ist ja ganz gut, aber ich habe nun einmal keinen Spaß daran.“

Aus dem Verbandsgebiete.

Bamberg. Auf den 8. Juli hatten wir die Arbeiterzeitung Gauftads zu einer Protokollversammlung eingeladen, welche massenhaft besucht war. Der Grund zur Protokollversammlung war die Kündigung unseres Kollegen Schlamberger seitens des Herrn Obermeisters in der Mech. Baumwollspinnerei und -Weberei Gauftadt. Wir hatten uns im heutigen Frühjahr mit der Aufgabe befaßt, Mittel und Wege zu finden, um ein Gewerbegericht in Gauftadt zu bekommen, eventl. Anschließ an das Gewerbegericht Bamberg zu erhalten. Am 2. Mai 1907 hatten wir ein Gesuch in diesem Sinne an die Gemeindeverwaltung Gauftadt gerichtet, am 8. Mai erfolgte die Antwort. Kurzweg abgelehnt, über den Anschließ an das Gewerbegericht in Bamberg hörten wir nichts. Wir wollen die Mitglieder der Gemeindeverwaltung mit Namen und Stand anführen: Leich, Bürgermeister, Th. Bitteracher, erster Kontorbeamter der Spinnerei und Weberei, A. Müller, Meister und Hausmeister, F. Strobel, Kaufmann, Joh. Rädle, Meister, A. Kohn, Meister, Joh. Stemmer, Zimmererpolster, K. Goss, Meister, A. Kirchner, Meister, Joh. Kischwetter, zweiter Meister, Joh. Pfister, Detonum, A. Steuer, penf. Meister, Gg. Oberleit, penf. Meister. Daß bei einer solchen Zusammenkunft und Weberei nichts anderes als Ablehnung zu erwarten war, dachten wir im voraus. Wir haben

deshalb am 1. Juli 1907 eine weitere Petition an das Königl. Ministerium d. J. in München eingereicht mit einer sehr großen Anzahl von Unterschriften aus dem Arbeiterstand Gausabts, auch Arbeitgeber haben sich unterzeichnet. An der Sammlung von Unterschriften hatte sich auch unser Kollege Schlamburger beteiligt. Die Kollege war, daß demselben bedingt wurde. Die Arbeiterkraft war über diesen Fall sehr aufgeregt, daher auch der massenhafte Besuch der Versammlung, in welcher Sekretär Geier referierte. Derselbe erntete für seine trefflichen Ausführungen reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen, und man konnte bittere Klagen über die Betriebsleitung vernehmen, welche sich immer in der Selbsttäuschung als sehr freigebig hinstellt durch die immerwährende Lobpreisung ihrer Wohlfahrts-Einrichtung. Eine Sammlung für Kollegen Schlamburger, der durch die Kündigung um die Hälfte der Feuerungszulage oder besser gesagt Fesselungszulage kam, ergab ein hübsches Bündchen. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im „Volksgarten“ zu Gausabts tagende, massenhaft besuchte Versammlung hat Kenntnis genommen von den Vorstimmnissen in der letzten Zeit. Die Versammlung ist enttäuscht über das Verhalten der Fabrikverwaltung der Spinnerei und Weberei, indem einem jungen Arbeiter nur deshalb gekündigt wurde, weil derselbe außerhalb der Arbeitszeit mitgeholfen hat beim Einbau von Unterschriften für die Errichtung eines Gewerbegerichts. Die Versammlung vertritt, tarntätig mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation, damit in Zukunft solchen Vorstimmnissen ganz energisch entgegen getreten werden kann.“ Eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen traten dem Verbands bei.

Brake-Milse. Unsere am 4. Juli abgehaltene Mitglieder-Versammlung wurde vom Vorsitzenden Kollegen Westervelle geleitet. Auf der Tagesordnung stand unter Punkt eins, Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz nach Danabück. Dieser Punkt wurde schnell erledigt; es wurde gewählt der Kollege Gottlieb Westervelle, als Ersatzmann der Kollege Heinrich Wink; beide erklärten, die Wahl anzunehmen. Jetzt folgte der Bericht des Kartelldelegierten über die letzte Kartellführung in Bielefeld. Dieser berichtete über die Vorbereitung zum Gewerkschaftsfest sowie über Anschaffung einer Bibliothek von Seiten des Kartells. Punkt drei betraf die Anschaffung eines Exemplars zum Bekanntheitsmachen der Versammlungen. Auch über diesen Punkt einigte man sich. Dann nahm zunächst Kollege Spitzkötter aus Jollenbeck das Wort und gab uns den Beschluß der Ortsgruppe Jollenbeck betr. Lokalbeamten und Lokalbeitrag bekannt. Er fragt nun, wie stellt sich die Ortsgruppe Brake-Milse dazu. Wir haben diesem Beschluß zugestimmt. Ferner berichtete Kollege Spitzkötter noch über die letzte Sitzung der Agitationskommission in Münster. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß dort die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind, wo eine starke Organisation besteht. Er mahnte nun noch die Mitglieder unserer Ortsgruppe, immer fest und treu zum Verbands zu halten und eifrig weiter zu arbeiten, dann würde auch der Erfolg nicht ausbleiben. Kollege heute machte noch den Vorschlag, in kurzer Zeit eine Fabrikversammlung abzuhalten. Darauf wurde die schon verkaufene Versammlung geschlossen.

Colmar i. Gl. Für unsere letzte Mitglieder-Versammlung hatte unser Bezirksleiter, Kollege Fischer-Mühlhausen das Referat übernommen. „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und ihre Gefahren für die Arbeiter“, waren der Gegenstand seiner Ausführungen. Daß diese Kämpfe, besonders in der jetzigen Zeit immer umfangreicher werden, beweisen uns die letzten Vorgänge, welche sich auf diesem Gebiete abgepielt haben. Stark ausgebaute Arbeitgeberorganisationen sind es, welche bei solchen Gelegenheiten immer mehr in den Vordergrund treten. Streiklisten, Streiklisten und Ausperrungen, zu welchen von den zentralisierten Arbeitgeberverbänden als Wadmittel bei diesen Kämpfen gegriffen wird, können mitunter für das gesamte Wirtschaftsleben, in erster Linie aber für die Arbeitererschaft sehr verhängnisvoll werden. Es muß deshalb von letzterer angestrebt werden, solche Kämpfe möglichst zu befeitigen. Als wirksames Mittel wird sich hierzu bestens die Festlegung von Tarifverträgen erweisen, bei welchen dann zu recht die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse zum Ausdruck kommt. Wenn dann ferner auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung zur Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitigkeiten gewerbliche Arbeiterausschüsse und Arbeitskammern errichtet werden, wird dies alles ebenfalls viel zur Verminderung dieser wirtschaftlichen Kämpfe beitragen. Zur Erreichung alles dessen können aber als Vorbedingung hierzu nur starke Arbeiterorganisationen in Betracht kommen. Ein lebhafter Appell an die Anwesenden, durch Ausbildung der Gewerkschaftskassen an der immer festigen und äußeren Entwicklung dieser Organisationen beizutragen, bildete den Schluß dieser Ausführungen. Bei der nun vorgenommenen Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz wurde als solcher Kollege Reichard gewählt. Zu Vertrauenspersonen wurden die Kollegen Kuprecht und Unhang, welche sich hierzu freiwillig anboten, bestimmt. Von Kollegen Wüger wurden die Anwesenden zum Schluß noch lebhaft aufgefordert, sich eifriger wie bisher an unserer Organisationsarbeit zu beteiligen. Dann wird es auch möglich werden, daß unsere Ortsgruppe in nächster Zeit einen weit besseren Stand wie momentan aufzuweisen hat.

Dahlhausen a. d. Wupper. Unsere Ortsgruppe hielt am 7. Juli ihre monatliche Versammlung ab, welche „sehr“ schön besucht war; es ist doch erschänend, daß eine Ortsgruppe von annähernd 70 Mitgliedern ihre monatliche Versammlung mit 25 bis 30 Mitgliedern abhalten muß. Wir möchten mal gern wissen, aus welchem Grunde die Mitglieder derselben fern blieben? Gibt es doch in unserer Ortsgruppe Mitglieder, welche überhaupt noch keine Versammlung besucht haben. Vielleicht erhalten wir in der nächsten Versammlung Auskunft hierüber. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnete, wurde die Wahl eines zweiten Vorsitzenden vorgenommen. Nachdem noch die Wahl der Delegierten für die am 21. Juli und 4. August in Warmen stattfindenden Konferenzen vorgenommen, ergriff Kollege Wiantenagel aus Warmen das Wort zu einem Vortrag über das Thema: Notwendigkeit und Ziele der Organisation. Nachdem der Referent im ersten Teil seines Vortrages die Notwendigkeit der Organisation für alle Arbeiter und Arbeiterinnen darlegte, führte er im zweiten Teil die Ziele der

christlichen Gewerkschaften den Mitgliedern vor Augen, welche seien: geistige Bildung, angemessene Arbeitszeit und ausländischer Lohn. Eine scharfe Abrechnung hielt der Referent mit den „Christen“, welche meinen, ohne Organisation auszukommen. Unter Zugrundelegung des Wortes: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, führte der Referent mit vollem Recht aus, daß es Pflicht der Christen sei, der Organisation sich anzuschließen. Reicher Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen. Darauf fand die Versammlung ihren Abschluß.

Dornach. Unsere letzte Monatsversammlung wurde am 4. Juli abgehalten. Der Vorsitzende, Kollege Meyer, dankte den Mitgliedern für ihr zahlreiches Erscheinen. Darauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den beiden Kassierern für richtig befunden war. Nachdem erhielt Kollege Buchmann aus Mühlhausen das Wort zum Vortrag. Derselbe referierte über Krankenklassen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Kaumann, Schwager und Meyer. Dann schritt man zur Wahl eines Delegierten für Colmar. Gewählt wurde Vorsitzender Meyer. Nach einem Schlußwort des Kollegen Buchmann fand die Versammlung ihr Ende.

Dingelstädt. Am 23. Juni hielt unsere Ortsgruppe in Helmsdorf eine Mitglieder-Versammlung ab. Eingangs sprach der Vorsitzende sein Bedauern aus über den Ausbruch von 17 Mitgliedern, die sämtlich in einer Fabrik beschäftigt sind und sich aneinander von einem Meister haben ins Bockhorn jagen lassen. Der Vorsitzende bat dann die Mitglieder, standhaft zu bleiben und sich durch Einigkeit und Geschlossenheit Achtung zu eringen. Zum Unterfasser wurde Kollege Jakob Möving gewählt, zu Vertrauensmännern die Kollegen Fr. Fürstberg, L. Wand, B. Wegerich und A. Vogt. Darauf referierte der Vorsitzende über die Notwendigkeit der Organisation. Da sich darnach niemand mehr zum Wort meldete, fand die Versammlung nach dem Referat ihren Abschluß.

Einem schlechten Besuch wies unsere Versammlung am 29. Juni auf, was aus verschiedenen Gründen zu verstehen war. Es wurde in dieser Versammlung die Erweiterung unserer Bibliothek beschlossen.

NB. Unsere Versammlungen finden von jetzt ab jeden zweiten Sonntag im Monat statt.

Erdenbach. Kaum ein Sechstel der Kollegen war in unserer Versammlung am 6. Juli anwesend. Unser Vorsitzender, Kollege Kühn, geistete scharf den großen Schiedsbrian, der sich bei einer großen Anzahl Mitglieder eingeschlichen hat. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde sofort in dieselbe eingetreten. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Zimmer, als Schriftführer Kollege Kohnmeyer einstimmig gewählt. An Stelle des kürzlich genahmigten Vertrauensmannes, Kollegen Wagner, meldeten sich die Kollegen Wiesel, Zimmer und Kohnmeyer freiwillig. Unter Punkt Mitteilung gab der Vorsitzende bekannt, daß das christliche Gewerkschaftskartell Kaiserlautern in Verbindung mit den konfessionellen Arbeitervereinen sowie verschiedener anderer Korporationen den Beschluß gefaßt habe, bis 21. Juli uns einen Besuch abzustatten. Auch der evangelische Arbeiterverein sowie die beiden Gesangsvereine von hier habe er zu dieser Veranstaltung schriftlich eingeladen. Er wüßte sehr gern, daß diese Vereine nun eine zugehörige Antwort gäben, hoffe auch, daß alle organisierten Kollegen und Kolleginnen, auch diejenigen, welche das ganze Jahr hindurch nur dem Namen nach Gewerkschaftler sind, uns an diesem Tage durch ihren wertvollen Beisitz beehren. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde die schon verkaufene Versammlung geschlossen.

NB. Kollegen und Kolleginnen! Laßt Euch durch nichts, auch nicht durch den Umstand irren machen, daß einige Unorganisierten in letzter Zeit für schlechtes Material 10 und 6 Mk. Vergütung erhielten, sondern lernt daraus, daß Liebedienerei nur aus der Welt zu schaffen ist durch starken Zusammenhalt aller Arbeiter und Arbeiterinnen im christlichen Textilarbeiterverband Deutschlands.

Feidenheia a. d. Wenz. Unsere Ortsgruppe hielt am 30. Juni ein Familienfest ab, das in allen Teilen als gelungen bezeichnet werden kann. Kollege Altman begrüßte die Erschienenen, dankte für ihre Opferwilligkeit und benutzte an Hand der Geschichte der hiesigen Ortsgruppe die Notwendigkeit der christlichen Arbeiterorganisationen. Die Festrede hielt Kollege Eher aus Stuttgart. Er gab eine Schilderung über die Entstehung und Entwicklung der Ortsgruppe und manchen beherzigenswerten Wink zur Gewinnung neuer Mitglieder. Besonders Gewicht legte er auf die Opferwilligkeit und Erziehung der Mitglieder zu charaktervollen Menschen. Auch die anwesenden Frauen wurden ermuntert, tatkräftig für die Organisation zu arbeiten. Mit dem musikalischen Teil waren die Anwesenden ebenfalls zufrieden und gebührt den Mitwirkenden auch hier herzlich Dank. Zu bedauern ist nur, daß bei allen gewerkschaftlichen Anlässen einzelne Kollegen denselben fernblieben. Für was haben denn diese ihre Ständesorganisation, wenn sie derselben immer fernbleiben. Also weg mit dem Schiedsbrian und hinein in die Versammlungen, denn wir brauchen ganze und keine halben Männer!

Föhndörren. Unsere am 7. Juli abgehaltene öffentliche Versammlung erfreute sich eines regen Besuches seitens der Arbeiter und Bürger. Der Vorsitzende, Kollege Hungermann, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, besonders den Zentralvorsitzenden Schiffer, sowie Herrn Reichstagsabgeordneten Wattenдорf aus Föhndörren, der uns auch mit seinem Besuch beehrt hatte. Sodann erhielt Kollege Schiffer das Wort und erklärte in 1 1/2 stündigem Vortrage die Ziele und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Redner zog einen Vergleich zwischen den „freien“, kirchlich-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften. Sodann sprach Redner noch über die Gegner der christlichen Gewerkschaften, als da seien diejenigen Arbeitgeber, welche den Arbeitern das ihnen gesetzlich zuerkanntes Recht abspreschen wollen, ferner diejenigen Behörden, welche meinen, die Organisation diene nur dazu, der Sozialdemokratie den Rücken zu stärken und endlich die Sozialdemokraten selbst mit ihrem verwerflichen Terrorismus allen Andersdenkenden gegenüber. Danach sprach er noch über die kulturellen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Zum Schluß forderte Redner die Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß die christlichen Gewerkschaften immer mehr gestärkt würden, damit sie die sich gestellten Aufgaben auch erfüllen können. Nachdem Redner geendet, sprach Herr Abgeordneter Wattenдорf. Selbiger erlachte die Ausführungen seines Vorredners voll an, glaubte jedoch, es würde seitens der Gewerkschaft oft zu schnell vorgegangen. Dieses wurde im Schlußwort vom Kollegen Schiffer glänzend widerlegt, in-

dem er ausführte, es sei des öfteren vorgekommen, daß Arbeitgeber gleich nach Bekanntwerden der Gründung einer Ortsgruppe ihre Arbeiter einfach vor die Alternative stellten, entweder aus dem Verband austreten, oder es würde ihnen gekündigt, während bei uns ein halbes Jahr Karenzzeit statutarisch vorgeschrieben sei. Mit einem kräftigen Appell an die anwesenden Kolleginnen, doch auch immer mehr der Organisation beizutreten, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Fagerstheim. Erfreulichweise können wir von bedeutenden Fortschritten unserer Ortsgruppe berichten. Sehen es doch auch unsere Mitarbeiter immer besser ein, daß sie sich den Gewerkschaften anschließen müssen. Diesen Umschwung in den Verhältnissen wollte sich nun auch der „freie“ Verband zunutze machen. Indem er sich unter falscher Flagge hier einmischte, konnte es ihm tatsächlich auch gelingen, einige Mitglieder zu „kapern“. Als dann aber in einer nachher abgehaltenen Versammlung von Kollegen Hilger-Colmar für die nötige Aufklärung gesorgt wurde, hielt es die meisten dieser Kollegen nicht mehr im „deutschen“ Verband und traten dieselben zu uns über. — Als eine der bisher am zahlreichsten besuchten Versammlungen konnten wir mit Recht die am 9. Juli abgehaltene bezeichnen. In derselben referierte Kollege Fischer-Wahlhausen über „die Notwendigkeit des Anschlusses an die christlichen Gewerkschaften“. Mit reichem Beifall bezogen die Anwesenden ihr Einverständnis mit den trefflichen Ausführungen des Referenten. Es ist nun zu hoffen, daß jetzt baldigt auch die bisher noch abseits stehenden Arbeiter das Beispiel ihrer Kollegen befolgen werden, um dadurch ihre eigenen Interessen sowie die der Gesamtheit fördern zu können.

Kaiserlautern. Das christliche Gewerkschaftskartell Kaiserlautern hatte am Samstag, den 6. Juli die Arbeiter und Arbeiterinnen zu einer Versammlung eingeladen. Der Einladung hätte zahlreicher Folge gegeben werden dürfen, zumal ein für die Arbeiter sehr bezeichnender Vortrag angekündigt war. Gewerkschaftssekretär Müller sprach in längerer Rede über die Entwicklung der Großindustrie und die Entstehung und Ursachen der Arbeiterbewegung. Im ersten Teile seiner Ausführungen schilderte er die Entstehungsgeschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in England. Antike Erhebungen, welche in den 1840er Jahren von der englischen Regierung über die Lage der Arbeiter, ganz besonders über die Beschäftigung von Frauen und Kindern in den Bergwerken und Fabriken veranstaltet wurden, zeigten recht deutlich, daß nur die Auswüchse einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Arbeiter mit unüberwindlicher Macht gezwungen hätten, auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe ihre traurige Lage zu verbessern. Im zweiten Teil behandelte Redner dann die wirtschaftlichen und rechtlichen Ursachen der Arbeiterbewegung. Den Schluß der Rede bildete ein feuriger Appell an die Anwesenden, an der Lösung der sozialen und besonders der Arbeiterfrage nach besten Kräften mitzuarbeiten. Reicher Beifall folgte diesen Ausführungen. Nach einer kurzen, aber lehrreichen Diskussion machte dann der Vorsitzende der Versammlung noch die Mitteilung, daß am Sonntag, den 21. Juli das Kartell nach den Gemeinden Otterbach und Erdenbach mit ihren vielen, christlich organisierten Textilarbeitern einen Ausflug unternehmen werde. Zur Teilnahme an dieser Veranstaltung sind die konfessionellen Arbeitervereine und alle auf christlicher Grundlage stehenden wirtschaftlichen Berufsorganisationen von Kaiserlautern eingeladen. Die Veranstaltung dürfte bei reger Beteiligung sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der christlich-nationalen Arbeitererschaft gestalten.

Nappoldweiler. Von der Verbandslitung des „freien“ Textilarbeiterverbandes wird mit allen nur möglichen Mitteln versucht, die Hauptstütze an dem Streit bei der Firma Hofer, welcher mit einer völligen Niederlage für die „Freien“ endete, in die Schärfe der „verhassten Christlichen“ zu schieben. Trotz alledem wird es den „Genossen“ vom „freien“ Verband nicht gelingen, ihr arbeiterverräterisches Treiben zu rechtfertigen. Wenn man gleichfalls eine jüngst veranstaltete öffentliche Versammlung hierzu von den „Freien“ als Radikalismus ausser Acht war, endigte der erste Erfolg nur in einem blamablen Heroinfall derselben. Mit aller Anstrengung wurde in genannter Versammlung vom Referenten, einem Herrn Jmb aus Straßburg, die Niederlage des Streiks aufs Konto der Christlichen zu stellen versucht. Es regnete dabei förmlich von christlichen Arbeiterverrättern und Streikbrechern. Schwere, aber alte und verripertes Gesicht, wie die Streiks in Köln und München, wurden aufgeführt. Daß dieses Bombardement mit solchen Geiseln gänzlich wirkungslos blieb, wird wohl jedem einleuchten. Nicht im entferntesten gelang es dem Referenten, das kopflose, arbeiterverräterische Vorgehen, wie es von seinen Kollegen getätigt wurde, zu rehabilitieren. Seine Angriffe auf den christlichen Verband wurden in der Diskussion vom Kollegen Hilger-Colmar treffend zurückgewiesen. Dieser zeigte recht klar, daß die elementarsten Interessen der Arbeiter von den „Genossen“ mit Füßen getreten wurden.

Eine arge Verwirrung mag wohl dem Referenten die Ablehnung seiner einbrachten Resolution bereitet haben. Die Anwesenden waren eben nicht gewillt, derselben, welche unter anderem in Schlußsatz anführte: „Die Versammlung hält es aus allen Gründen für ihre Pflicht, eine auf direkten Arbeiterverrat angelegte Gewerkschaft, wie z. B. die „christliche“ zu meiden und zu bekämpfen, und mit allen Kräften an dem Aufbau des freien Textilarbeiterverbandes mitzuarbeiten“, zuzustimmen. Mit erdrückender Majorität wurde diese Resolution abgelehnt. Indes war man geneigt, sich doch zu wehren, die Öffentlichkeit wieder einmal ganz frech zu belügen. Ganz kleinlaut führte man in einem in der sozialdemokratischen Tagespresse erschienenen Bericht im Schlußsatz an: „In der Abstimmung wurde die Resolution angenommen.“ Gerade das Gegenteil von dem ist wahr. Es ist dies aber der beste Beweis, daß das korrekte Vorgehen der Christlichen anerkannt wird, und daß in Nappoldweiler die Sympathien für die „freien“ Gewerkschaften infolge ihres Treibens gänzlich verfliegen sind.

Noth. Eine noch lebhaftere Versammlung seit Bestehen unserer Ortsgruppe hatten wir kaum zu verzeichnen, als wir am 7. Juli. Die Tagesordnung umfaßte die Punkte: Quartals- und Jahresbericht und Bericht von der letzten Konferenz in Augsburg, sowie Verschiedenes. Kollege Mierlein war einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, als unser Gründungsjahr und betonte, daß es ein Jahr des Kampfes für unsere Existenz war, denn die Herren

Gegner setzten alles daran, um uns zu vernichten. Zu Punkt zwei erstattete unser Kassierer, Kollege Kammerer, Bericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß trotz alledem frisches Leben in der Ortsgruppe ist. Revisor, Kollege Sängereiter, bestätigte, daß Bücher und Kasse in Ordnung waren. Hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu Punkt Verschiedenes hielt Kollege Gewerke einen Vortrag über Koalitionsrecht. Es wurde einstimmig beschlossen, einen Extrabeitrag von monatlich fünf Pfg. zu zahlen. Es ist aus der Annahme dieses Vortrages zu ersehen, daß die Mitglieder auch Opfer bringen wollen. Es wurden dann noch einige Mißstände aus einem Betriebe besprochen. Darauf wurde die rege Versammlung geschlossen.

Süchteln. Unsere am 7. Juli abgehaltene Versammlung war mäßig besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Ling. Die Versammlung ehrete dessen Andenken durch Erheben von den Sigen. Der Schriftführer, Kollege Franz Kallen, verlas das Protokoll der letzten Versammlung. Dann machte der Vorsitzende bekannt, daß der erste Punkt der heutigen Tagesordnung, Rechnungsablage, nicht erledigt werden könne wegen Krankheit des Kassierers. Sodann entspann sich eine sehr lebhaft Debatte über den geplanten Ausflug des ersten Verbandesbezirks nach unieren herrlichen Süchteln. Alle waren dafür, den auswärtigen Kollegen einen würdigen Empfang zu bereiten, namentlich durch vollständiges Betreiben der hiesigen Ortsgruppe. Nachmittags punkt 2 Uhr versammelten sich die hiesigen Kollegen im Lokale Kemkes, um von da aus zur Bahn zu marschieren. Unter Punkt Verschiedenes wurden die Verhältnisse in den einzelnen hiesigen Betrieben einer scharfen Kritik unterzogen. Namentlich wurde die Handhabung des Vertrages seitens der hiesigen Arbeitgeber im Saatgewerbe, welcher schon verschiedentlich zur Sprache gebracht worden und anfänglich als aufgehoben betrachtet wurde, jedoch, wie sich herausstellte, noch in Anwendung komme, aufs schärfste verurteilt. Die Versammlung war der Ansicht, daß nur durch Einigkeit der hiesigen Arbeiterschaft Abhilfe zu erwarten sei. Der Vorsitzende betonte, daß es erfreulich sei, daß unsere Ortsgruppe mächtig emporschle und müste jeder Kollege im Interesse unseres Verbandes überall tätig sein. Wodann wurde noch über unsere angelegte Bibliothek gesprochen und die Mitglieder zur intensiven Inanspruchnahme der vorhandenen Bücher animiert. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

NB. Kollegen, zeigt doch endlich einmal etwas mehr Interesse für eure Sache, namentlich betreffs Besuch der Versammlungen. Wenn auch bei der letzten Versammlung umständlicher mancher verhindert war, so mögen diejenigen, welche immer durch Abwesenheit glänzen, nächsten auch mal zur Stelle sein. Es ist nicht genug, wenn man nur Mitglied ist, man soll und muß auch teilnehmen und mitberaten bei unseren wichtigen Besprechungen. Und dann sei nochmals darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 2 Uhr jeder sich im Lokale Kemkes einfinden muß zum Empfang der auswärtigen Kollegen. Auch die Kolleginnen mögen sich dies zur Notiz nehmen. Keiner darf fehlen.

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Herr Pfarrer Rumm schreibt uns: Mit großer Spannung erwartet man in jedem Jahre die Statistik der christlichen Gewerkschaften. Mit einer gewissen Angst fragt man wohl, ob denn das Aufwärtstreben der ersten Jahre auch andauern werde. Und mit froher Vergnügung dürfen wir feststellen, daß im Jahre 1906 der Zuwachs so groß war, wie nie zuvor. Die im Gesamtverband christlicher Gewerkschaften zusammengefaßten Verbände hatten im letzten Jahre einen Mitgliederzuwachs von 68350, gleich 35,7% zu verzeichnen und im ersten Vierteljahr 1907 hat sich, trotz unruhigen Wahlkampfes, die Mitgliederzahl um weitere 17000 gemehrt. Am 1. April 1907 gehörten dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften 19 Verbände mit insgesamt 277260 Mitgliedern an. Wenn sind es nüchtern trockene Zahlen, die wir bringen. Sie lesen sich nicht so leicht wie eine Erzählung. Aber sie sind doch eine gewaltige Sprache Gottes in unsern Tagen. Denn es ist eine Schär, die mit wachsender Klarheit sich auf ihre christlich-nationalen Grundzüge bekennt und die mit vielen Opfern ihre Weltanschauung verteidigt. Um die größten Verbände zu nennen, sei ich erwähnt, daß am 1. April d. J. in christlichen Gewerkschaften organisiert waren 7711 Bergarbeiter, 42209 Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, 40097 Textilarbeiter, 27341 Metallarbeiter, 24500 bayerische Eisenbahner, 15023 Hilfs- und Transportarbeiter, 11108 Holzarbeiter und 10102 Keramarbeiter.

Und diese Arbeiter betrachten es nicht als ein „gutes Wort“, daß sie sich überhaupt einem christlichen Verbands anschließen, sondern sie bringen für ihren Verband Opfer: meist zahlen sie 40 Pfg. wöchentlich. Die dem Gesamtverband angehörenden Organisationen brachten im Jahre 1906 insgesamt 3378333 Mk. auf; die Ausgaben betrugen 2792600 Mk., der Reinertrag aus Jahresbeitrag 2613961 Mk. Das sind doch gewis Hütern, die auch in unserm kapitalistischen Zeitalter Aufsehen erregen. Die christlichen Gewerkschaften sind Großbetriebe geworden, die auch wirtschaftlich ins Gewicht fallen, aber doch vor allem um deswillen wichtig sind, weil hier Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern aus sich heraus Interessenverbände geschaffen haben, die sich mit einer völligen Klarheit, die auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ anerkannt wird, von der Sozialdemokratie getrennt haben.

Zu noch höheren Hütern kommt man, wenn man auch diejenigen Verbände zurechnet, die das Programm der christlichen Gewerkschaften anerkannt haben, aber nicht formell dem Gesamtverband beigetreten sind; es sind dies im wesentlichen unterbreiten- und Staatsarbeitervereine. Dann kommen wir zu der Endziffer, daß am 1. April 1907 324167 christliche Gewerkschaftler vorhanden waren und daß diese Verbände im Jahre 1906 eine Gesamtsumme von 3644865 Mk. und eine Gesamtsumme von 2613961 Mk. hatten. Runden wir die Hütern ab, so daß sie leicht behältlich sind, so erhalten wir als Ergebnis: 350000 christliche Gewerkschaftler, die eine Jahressumme von 3 1/2 Millionen Mark aufbrachten und 3 Millionen Mark Jahresausgabe, sowie ein Vermögen von 2 1/2 Millionen Mark hatten.

